

## **Haushaltsrede der CDU-Fraktion**

**Kreistag Heinsberg – 18. Februar 2026**

**Harald Schlößer, Fraktionsvorsitzender**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, sehr geehrte Gäste,

wir beraten heute über den Haushalt unseres Kreises in einer Zeit, die von tiefgreifenden Umbrüchen und anhaltenden Unsicherheiten geprägt ist. Der russische Angriffs-krieg gegen die Ukraine dauert an und erschüttert weiterhin die europäische Friedensordnung. Die Folgen sind nicht nur geopolitischer Natur – sie wirken sich ganz konkret auf Energiepreise, Lieferketten, Inflation und die wirtschaftliche Stabilität aus. Gleichzeitig erleben wir weltweit wachsende Spannungen, neue Konflikte und eine zunehmende Polarisierung. Es geht um die Sicherung von Frieden und Freiheit, um wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, um den Umgang mit Migration und Flucht, um Klimaschutz und die Transformation unserer Industrie. Der mutmaßlich linksterroristische Anschlag auf die Stromversorgung in Berlin und der Cyberangriff auf die Stadtverwaltung Heinsberg haben einmal mehr gezeigt, wie verwundbar wir als Gesellschaft sind.

Diese Herausforderungen verlangen nach Geschlossenheit, nach Solidarität und nach klugen politischen Entscheidungen. Die globalen und europäischen Entwicklungen erreichen uns hier vor Ort – in unseren Kommunen, in unseren Haushalten, in den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Steigende Sozialausgaben, hohe Energiekosten, Investitionsdruck in Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaanpassung – all das spiegelt die großen Linien der Weltpolitik auf der Ebene unseres Kreises wider.

Gerade in Zeiten wie diesen kommt den Kommunen eine besondere Rolle zu. Wir sind die staatliche Ebene, die den Menschen am nächsten ist. Insbesondere hier entscheidet sich, ob Politik Vertrauen schafft. Hier zeigt sich, ob wir handlungsfähig bleiben. Der heutige Haushalt ist deshalb mehr als eine Ansammlung von Zahlen. Er ist Ausdruck unserer politischen Prioritäten und unserer gemeinsamen Verantwortung, Stabilität zu sichern und zugleich Zukunft zu gestalten.

Wir sprechen über einen Kreishaushalt mit einem Volumen von rund **549 Millionen Euro**. Das ist keine politische Wunschliste, sondern ein Haushalt, der zu überwiegenden Teilen aus **gesetzlich verpflichtenden Ausgaben** besteht.

Und das ist wichtig festzuhalten: Diese Entwicklung ist **kein hausgemachtes Problem des Kreises Heinsberg**. Sie ist oftmals die Folge von höheren politischen Entscheidungen. Aufgaben werden ausgeweitet, Standards erhöht, individuelle Rechtsansprüche geschaffen – **ohne eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen**.

Auch deshalb ist das Haushaltsvolumen mit rund 549 Mio. Euro um 23,4 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Die Kreisumlage steigt auf rund 171,7 Mio. Euro. Um den Haushalt auszugleichen und die Städte und Gemeinden nicht noch stärker zu belasten, greift der Kreis mit rund 10,7 Mio. Euro erneut erheblich auf seine Ausgleichsrücklage zurück. Die Ausgleichsrücklage wird danach planerisch nur noch einen Restbestand in Höhe von 5 Mio. Euro aufweisen. **Das ist ein deutliches Zeichen der Solidarität an unsere zehn Städte und Gemeinden – aber auch ein deutliches Warnsignal**.

Der Hebesatz bei der allgemeinen Kreisumlage bleibt mit 34,91 % annähernd konstant. Um diesen Wert besser einordnen zu können, hilft ein Vergleich mit den Nachbarkreisen: Düren liegt bei 36,86 %, der Rhein-Kreis-Neuss bei 37,52 % und der Kreis Viersen bei 38,50 % und damit 359 Basispunkte über dem Kreis Heinsberg. Als weitere Orientierung hilft ein Blick auf das Umlageaufkommen pro Einwohner. Mit knapp 600 Euro pro Einwohner bleibt der Kreis Heinsberg deutlich unter dem NRW-Durchschnitt von 700 Euro. Und wir stellen fest, die Spreizung zwischen dem Landesdurchschnitt und unserem Kreis wird größer. Umgerechnet liegt unsere Kreisumlage somit 26 Mio. Euro unter der durchschnittlichen Kreisumlage im Land.

Wenn wir selbst mit der größten Haushaltsdisziplin die strukturellen Probleme der kommunalen Finanzausstattung nicht ausgleichen können, wenn selbst solide aufgestellte Kreise, wie unser Kreis Heinsberg, ihre Sozialaufwendungen nicht mehr finanzieren können, dann ist das ein Alarmsignal für das gesamte System.

Deshalb sagen wir als CDU-Fraktion klar und deutlich: **So kann es nicht weitergehen!** Wer die kommunale Selbstverwaltung ernst nimmt, darf sie nicht finanziell dauerhaft an den Rand der Handlungsfähigkeit führen.

Was heißt das konkret?

Die Kommunen benötigen **einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen**. Heute tragen Städte, Gemeinden und Kreise mehr als ein Viertel der öffentlichen Ausgaben (wir finanzieren einen Großteil der öffentlichen Infrastruktur, Kitas, Schulen, Rettungsdienste und den Nahverkehr), erhalten aber nur rund ein Siebtel der Steuereinnahmen. Gleichzeitig steigen gerade im Sozialbereich die Kosten jährlich im zweistelligen Prozentbereich. Das ist eine Entwicklung, die **kein kommunaler Haushalt auf Dauer aushält**.

Wir sehen zwar, dass das Land und der Bund Entlastungsimpulse setzen und das ist richtig und hilfreich; wir hätten uns jedoch einen größeren Impuls bzw. einen nachhaltigeren Ansatz gewünscht. Zwar stockt das Land die für NRW vorgesehenen rund 21 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur des Bundes um rund 10 Mrd. auf; von den insgesamt 31 Mrd. € leitet das Land aber nur rund 68% an die Kommunen weiter. Der Anteil der Kommunen an den Investitionen der öffentlichen Hand in NRW im Durchschnitt der letzten Jahre entspricht jedoch 80 %. Zusätzlich wird das Land NRW mit dem Altschuldenentlastungsgesetz, das am 18. Juli 2025 in Kraft getreten ist, Kommunen von ihren übermäßigen Liquiditätskrediten entlasten. Ende letzten Jahres wurden 167 Bewilligungsbescheide zur anteiligen Entschuldung versendet und damit übernimmt NRW rund 8,9 Milliarden Euro in die Landesschuld. Auch diese Entlastung ist wichtig. Wir vermissen jedoch den nachhaltigen Ansatz, wir vermissen den strukturellen Ansatz, der diese 167 Kommunen zur Vermeidung neuer Schulden bewegt. Letzten Endes handelt es sich nur um eine Umverteilung **zu Lasten der Kommunen, die über Jahre hinweg ausgeglichene Haushalte erzielen, indem sie Ausgaben gesenkt oder Investitionen zurückgestellt haben**.

Und in finanziell herausfordernden Zeiten müssen wir auch den Mut haben, **über Ausgaben und Investitionen, über Standards und Verfahren** zu sprechen. Kommunalpolitik ist keine Politik der großen Schlagworte. Sie entscheidet über Kitas und Schulen, über Feuerwehr, Rettungsdienst, Hochwasserschutz und Straßen. Dafür braucht es **Sachlichkeit, Respekt und Dialog**.

Deshalb sagen wir auch klar in Richtung AfD: Wer Probleme nur benennt, aber keine tragfähigen Lösungen anbietet, hilft niemandem weiter. Schlechte Stimmung ersetzt keine verantwortungsvolle Politik. **Sachlichkeit, Respekt und Dialog** sind der Gegenentwurf zur zunehmenden Polarisierung.

Und um das an dieser Stelle erneut deutlich zu machen. Die CDU Deutschlands und auch unsere Fraktion im Kreistag haben eine eindeutige Linie: Keine Zusammenarbeit mit der AfD und auch keine Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke“.

Es sind unterschiedliche Gründe, warum wir mit beiden Parteien nicht zusammenarbeiten wollen. Aber es geht bei beiden Parteien um grundsätzliche Unvereinbarkeiten mit den Werten und Grundsätzen der CDU.

Dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Alternative für Deutschland (AfD) als sogenannten „Verdachtsfall“ führt, ist öffentlich bekannt und Gegenstand einer intensiven politischen sowie rechtlichen Diskussion. Weniger im Fokus steht demgegenüber, dass auch innerhalb der Partei Die Linke einzelne Strömungen durch die Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden. Zwar ist die Gesamtpartei „Die Linke“ kein eigenständiges Beobachtungsobjekt. Allerdings werden Zusammenschlüsse und Strömungen innerhalb der Partei „Die Linke“ als linksextremistische Bestrebungen eingeordnet. Diese Strukturen sind keine Randnotiz, sondern organisierte Kräfte mit klarem ideologischem Profil.

Ich frage mich daher, warum sich Die Linke - auch im Kreis Heinsberg - nicht klar und öffentlich von diesen Gruppen distanziert, um ihre demokratische Ausrichtung zu betonen. Diese Frage müsste sich aber insbesondere auch Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag stellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen: Wie kann man auf dem linken Auge blind sein, wie kann man ernsthaft mit der Partei „Die Linke“ zusammenarbeiten, wie kann man ernsthaft eine gemeinsame Fraktion bilden? Ich wiederhole es gerne und ich hoffe, dass der eine oder die andere in ihrer Fraktion zum Nachdenken kommt. Diese Strukturen innerhalb der Linken sind keine Randnotiz, sondern organisierte Kräfte mit klarem ideologischem Profil.

Wir als Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) übernehmen Verantwortung – im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. Wir gestalten Politik auf der Grundlage klarer Werte und Überzeugungen.

Kommen wir zurück zum Haushalt und zu den gesetzlich verankerten Pflichtaufgaben der Kommunen.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung im **Jugend- und Sozialbereich**. Die Jugendamtsumlage steigt innerhalb eines Jahres um rund sieben Millionen Euro auf nun 63 Mio. Euro. Die Kosten für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen, Schulbegleitungen und Integrationshilfen explodieren regelrecht – bei steigenden Fallzahlen und gleichzeitig steigenden Kosten je Einzelfall. Allein für die Schulbegleitungen fallen nun jährlich 9,3 Mio. Euro an; 2023 waren es noch 6,1 Mio. Euro.

Hinzu kommen höhere Umlagen an den Landschaftsverband mit rund 90,7 Mio. Euro (ein Plus von 7,9 Mio. Euro) und steigende Verluste im Bereich des ÖPNV mit 24,4 Mio. Euro.

Inmitten dieser ohnehin angespannten Haushaltslage zeichnet sich ein weiteres finanzielles Risiko ab, das derzeit bundesweit für Schlagzeilen sorgt: die ungedeckten Kosten für sogenannte ‚Fehlfahrten‘ im Rettungsdienst. Hintergrund ist ein schwelender Konflikt zwischen den Rettungsdiensträgern und den gesetzlichen Krankenkas- sen. Letztere verweigern zunehmend die Übernahme von Einsatzkosten, wenn keine anschließende Klinikeinweisung erfolgt. Die Kosten durch Fehlfahrten werden vom Städtetag NRW auf bis zu 250 Mio. Euro jährlich geschätzt. 250 Mio. Euro, die reihenweise die kommunalen Haushalte kollabieren lassen würden, wenn diese an die Kom- munen weitergegeben werden sollten.

Das werden wir als CDU-Fraktion nicht akzeptieren und wir werden ebenfalls nicht akzeptieren, dass möglicherweise die Kosten von den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden. Wir lassen nicht zu, dass Menschen aus Angst vor hohen Kosten, den Rettungswagen nicht mehr rufen. Wir haben bewusst in unseren Rettungsdienst und in unsere Leitstelle investiert, weil im Notfall jede Sekunde zählt, weil im Notfall jeder Hilfe bekommen muss.

Wir alle wissen, die gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum steht vor großen Herausforderungen. Der demografische Wandel mit einer wachsenden Nachfrage nach Gesundheitsleistungen bei gleichzeitig weniger Fachkräften, führen zu einer angespannten haus- und fachärztlichen Besetzung. Um die Gesundheitsversorgung zukunftssicher aufzustellen, müssen alle Akteure ihre Stärken bündeln und enger als bisher zusammenarbeiten. Diese Vernetzung muss vor allem auf lokaler und regionaler Ebene erfolgen – und **wir sehen unsere primäre Aufgabe darin, diesen Prozess aktiv zu moderieren.**

Innovative Lösungen wie telemedizinische Angebote und das Projekt LandarztPlus, sind daher entscheidend, um die medizinische Grundversorgung auch bei geringerer Bevölkerungsdichte zu gewährleisten. Große Ziele erreicht man am besten durch konkrete Maßnahmen.

Seit Januar 2025 bündelt unsere Wirtschaftsförderungsgesellschaft bzw. die Koordinatorin für Gesundheitswirtschaft bestehende Initiativen, vernetzt Akteure und verbindet - gemeinsam mit Partnern - eine strategische Planung mit konkreten Maßnahmen. Das Projekt LandarztPlus ist ein einzigartiges und zukunftsweisendes Programm, mit dem wir eine wichtige Schnittstelle zwischen Medizin, Wirtschaft und Verwaltung schaffen. In einem Gespräch mit Ulrich Schirowski und Alexandra Jentgens konnte ich mich letzte Woche persönlich von der wertvollen Arbeit überzeugen. **Eine wertvolle Arbeit, die wir als CDU-Fraktion gerne unterstützen und in die wir in Zukunft auch gerne stärker investieren möchten. Es ist entscheidend, dass wir**

**dieses erfolgreiche Programm weiter ausbauen, um den Herausforderungen der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum wirkungsvoll zu begegnen.**

Kommen wir zu den Investitionen. Trotz aller schwierigen Bedingungen enthält der Haushaltsentwurf viel Positives: Der Kreis investiert gezielt in zentrale Zukunftsbereiche. Der Gesamtansatz für Investitionen: 60,5 Mio. Euro. Ein Großteil davon entfällt auf Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen, insbesondere bei unseren kreiseigenen Schulen. Aber auch in andere wichtige Bereiche wird weiterhin investiert:

- Im Straßenbau 12,2 Mio. Euro in den Jahren 2026 bis 2029 - davon 6,2 Mio. Euro für Radwege
- Im Bereich der Schulen 55,8 Mio. Euro in 2026 bis 2029
- Für den Breitbandausbau weitere 18,5 Mio. Euro in 2026
- Für Natur- und Landschaftspflege: 1,172 Mio. Euro und für
- Photovoltaikanlagen auf Kreisgebäuden 350 TEUR in 2026

Nicht wenige dieser Maßnahmen resultieren aus unserer formulierten Nachhaltigkeitsstrategie. Unser CDU-Antrag war im März 2021 Grundlage dafür, dass wir uns der Erklärung „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung“ angeschlossen und eine kommunale Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt haben. Der Rahmen für die Energiewende wird in Europa und in Berlin vorgegeben – aber die entscheidende Arbeit findet hier auf kommunaler Ebene statt. Hier entscheidet sich, ob die Energiewende Akzeptanz findet. Akzeptanz schafft man nicht durch ideologische Parolen, Akzeptanz schafft man durch Sachlichkeit.

Wir haben vor 4 Jahren mit den Grünen durch einen gemeinsamen Antrag die Budgetmittel für die investiven Ausgaben im Bereich des Grunderwerbes für Naturschutz von 600 TEUR auf 900 TEUR erhöht. Wir sind damals gemeinsam davon ausgegangen, dass die zur Refinanzierung der Grunderwerbe verwendeten Ersatzgelder, die in erster Linie aus Ausgleichszahlungen für die Installationen von Windkraftanlagen resultieren, deutlich geringer ausfallen würden.

Das war aber im Ergebnis der letzten Jahre nicht einmal der Fall. Als wir im April 2022 den Antrag gestellt haben, da lag uns das Ergebnis 2021 vor und die Einzahlungen betrugen 389 TEUR. In 2022 514 TEUR, in 2023 549 TEUR und in 2024 946 TEUR und damit 557 TEUR über dem Wert von 2021, als wir dachten die Ersatzgelder würden geringer ausfallen. Falls sie es noch nicht wissen - im Jahre 2024 hatten wir im Ergebnis (also im Saldo zwischen Einzahlungen und Auszahlungen) 570 TEUR und in 2025 als vorläufiges Ergebnis 248 TEUR.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90 / Die Grünen - drei Jahre lang keine Nachfrage. Drei Jahre lang keine Meldung bezüglich eines zu geringen Grunderwerbs und jetzt ein Aufschrei, weil das Budget auf 750 TEUR - und damit 500 TEUR über dem vorläufigen Ergebnis 2025 - angepasst werden soll. Ich hatte es zu Beginn deutlich gemacht - insbesondere hier auf kommunaler Ebene entscheidet sich, ob Politik Vertrauen schafft. Wenn sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, von „Klimaschutz mal wieder egal“ in den Sozialen Netzwerken erzählen, dann sind das Fake News - dann ist das ein bewusstes Täuschen der Wählerinnen und Wähler.

Wir werden als CDU-Fraktion - wie damals in 2022 - die Entwicklung kontinuierlich beobachten und bei Bedarf sachlich und inhaltlich – im Sinne der Nachhaltigkeit – reagieren und entscheiden. **Sachlichkeit, Respekt und Dialog** sind der Gegenentwurf zur zunehmenden Polarisierung.

Die Ergebnisse – nicht nur in dieser Haushaltsposition - zeigen, dass unsere Verwaltung mit den zur Verfügung gestellten Mitteln verantwortungsvoll umgeht. Wir müssen unsere Aufwendungen, wir müssen unsere Investitionen einer permanenten Prüfung unterziehen. Wir müssen mit den „Finanzen“ verantwortungsvoll umgehen. Und dieser verantwortungsvolle Umgang ist deutlich in dem Haushalt 2026 erkennbar.

Mit dem Verzicht auf Stellenmehrungen im Stellenplan 2025, den äußerst moderaten Stellenmehrungen im Planjahr 2026, der Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in einer Rekordhöhe von 18,8 Mio. Euro im vergangenen Jahr und weiteren 10,7 Mio. Euro im Planjahr 2026 zeigt sich der Kreis solidarisch gegenüber den Städten und Gemeinden und geht damit selbst an die Grenze dessen, was wirtschaftlich vernünftig und vertretbar ist.

Wir sehen uns trotz aller Herausforderungen im Kreis Heinsberg gut aufgestellt. Viel haben wir bereits erreicht: Aushängeschild in Sachen Daseinsvorsorge ist die neue Leitstelle in Erkelenz, die mit neuester Technik und rund um die Uhr schnelle Hilfe gewährleistet. Die Schulen in Kreisträgerschaft werden kontinuierlich auf den besten Stand gebracht, im Bereich Kultur, Tourismus und Weiterbildung halten wir ein beispielhaft gutes Angebot vor und unsere Infrastruktur ist gut in Schuss. Das Zukunftsprojekt FUTURE SITE InWEST in Geilenkirchen-Lindern sehen wir als weiteren Motor für Wirtschaft und Beschäftigung.

**Wir handeln weiterhin nicht nur defensiv, sondern gestalten aktiv die Zukunft unseres Kreises – mit Augenmaß, Verantwortung und den richtigen Schwerpunkten.**

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen sind groß; größer als viele von uns sie je erlebt haben. Und ich lade alle demokratischen Parteien ein, konstruktiv daran mitzuarbeiten! Der vorliegende HaushaltSENTWURF ist dafür aus unserer Sicht die beste Grundlage! Er ist **solide, realistisch und verantwortungsvoll**. Er ist das Ergebnis harter Abwägungen, transparenter Gespräche und einer Verwaltung, der wir ausdrücklich vertrauen.

**Die CDU-Fraktion stimmt dem HaushaltSENTWURF für das Jahr 2026 zu.**

Ich danke Landrat Stephan Pusch, Kreiskämmerer Daniel Goertz und der gesamten Verwaltung für die engagierte und sachliche Arbeit. Ich danke ebenso den Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für die konstruktive Zusammenarbeit, den Mitarbeitern unserer Fraktionsgeschäftsstelle, den Vertretern der Medien für die faire Begleitung und ich danke den Gästen und Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

Harald Schröder  
Fraktionsvorsitzender